

scher Werner Pascha.² Als diese *bubble economy* Anfang der 90er platzte, zog der Verfall der Immobilienpreise und Aktienkurse den Banken den Boden unter den Füßen weg. Die liberaldemokratische Herrschaft zerbrach, aber auf der tickenden Bombe eines faktisch bankrotten Finanzsystem, das die größten Banken der Welt stellt, klammerten sich alle Klassenkräfte an partielle Übereinkünfte. Das stärkte nicht nur die Bürokratie, sondern machte auch die gesellschaftliche Doppelmoral zu einem mafiosen Geschäftsfeld (Yakuza).

*Gretchenfrage:
Steuern für Spielschulden?*

Von 1993 bis 1995 versuchte sich eine Vielparteienkoalition in einem Krisenmanagement, welche bis zum Jahre 2000 das Finanzsystem garantierte, die Banken zu Fusionen und Wertberichtigungen anhielt und ihnen mit einer Politik des billigen Geldes Spielraum bot. Diese Politik mißlang, weil die Konjunktur weder über den Export noch über Geldpolitik anspringen wollte. 1995 brachen kleine Banken reihenweise zusammen³ und jeder Konkurs machte bevorzugte Spekulanten, korrupte Politiker und bilanzielle Verlogenheit publik. Vor allem geriet in Verruf, daß Ministerialbeamte sich bewirten ließen, mit Fünfig in Pension gingen und dann Unterschluß an lukrativer Stelle fanden. Dieses System nennen Japaner Amakudari: Herabkunft vom Himmel.

Die ganze politische Auseinandersetzung biß sich schließlich an der Sanierung der Wohnungsbaugesellschaften fest. Alle Klassen waren an einer Stabilisierung des Immobilienmarktes interessiert, weil darauf die Kreditpolitik für familiäre Vermögensbildung beruht. Resultat dieser Auseinandersetzung ist ein

abgrundtiefes Mißtrauen der Öffentlichkeit darüber, daß der Steuerzahler für die Rechnung der Spekulanten aufkommt. Damit sitzt der Knoten fest: Das Inselreich muß sich einer Dienstleistungsgesellschaft öffnen, wofür sie eine Finanzreform braucht. Aber dieser Reform steht die Sanierung im Wege, der kein Vertrauen geschenkt wird.

Fritz Fiehler

Düsseldorf und die Bonner Optionen der SPD

Wie man ein Regierungsbündnis auch unter schwierigen Bedingungen zusammenhält, läßt sich bei Willy Brandt nachlesen. Der meinte, „Koalition heißt, vertretbare Kompromisse zu schließen. Aber das wird erleichtert, wenn man es mit einem Bereich gemeinsamer Überzeugungen zu tun hat.“ Angesichts der Dauerkrise um Garzweiler II wünscht man sich, mancher Düsseldorfer Parteistrategie könnte sich noch bei Willy Brandt Rat holen. Oder aber er besönne sich auf die historische Erfahrung, und die sagt: Für die SPD heißt regieren stets koalieren – jedenfalls wenn es um die politische Macht in Berlin, respektive in Bonn ging. Um nichts anderes geht es auch bei der kommenden Bundestagswahl. Und noch etwas läßt sich aus der Geschichte lernen: Die SPD war nur dann zu einer dauerhaften Regierungspolitik im Bund fähig, wenn sie sich auf das größte Bundesland stützen konnte.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur stellte sich die leidige Koalitionsfrage für

² Vgl. Werner Pascha, Japanische Qualverwandtschaften, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 3.12.1997.

³ Vgl. Fritz Fiehler, Vor dem Banken-Crash? „Sozialismus“, 4/1996.

die Sozialdemokraten nicht. Schien doch die SPD die geborene Regierungspartei im Nachkriegsdeutschland zu sein. Hatte sie nicht immer gewarnt, daß Hitler Krieg bedeuten würde? War sie nicht die einzige Partei, die das in Zonen geteilte Deutschland zusammenhalten und als gleichberechtigtes Mitglied in die Familie der Völker zurückgeleiten konnte? Doch in der Sowjetischen Besatzungszone wurde die SPD kein Jahr nach der deutschen Kapitulation als eigenständige politische Kraft ausgeschaltet und zwangsweise in die SED überführt. Im Westen gelang zwar die Wiedergründung: Kurt Schumacher, der rasch zum unbestrittenen Führer der West-SPD aufstieg, befürwortete im Sommer 1945 einerseits die „praktische Zusammenarbeit“ mit der KPD „in allen sozialen Fragen und in allen Dingen der Austilgung des Faschismus“ und strebte andererseits danach, die SPD weltanschaulich für weite Wählerschichten zu öffnen. Beide Ansätze ließen sich aber nicht realisieren. Schon bald befand sich die Schumacher-SPD in einem Zweifrontenkampf gegen die Kommunisten und die „bürgerliche Restauration“. Auch in den Allparteienkoalitionen der Länder konnte die SPD nicht überall reüssieren.

Es lag auf der Hand, daß Nordrhein-Westfalen eine ähnliche strategische Bedeutung zufallen würde, wie sie Preußen für die Weimarer Republik zugefallen war. Konrad Adenauer und sein nordrhein-westfälischer CDU-interner Gegenspieler Karl Arnold erkannten dies sogleich. Schumacher unterschätzte als Unitarist die bundespolitische Bedeutung des „Bindestrich-Landes“ und führte die SPD – was sich mit der Konsens-Mentalität in NRW wenig vertrug – in die Isolierung, indem er sie in der Innenpolitik zu früh auf eine Oppositionsrolle im von den Länderparlamenten beschickten Wirtschaftsrat festlegte.

Dabei gab es zumindest in Nordrhein-Westfalen 1947 noch die Chance auf eine Große Koalition, auf ein Zusammengehen von christlichem und demokratischem Sozialismus. Die Regierungser-

klärung Karl Arnolds wurde auch von Sozialdemokraten als „eine neue Magna Charta Societas“ gelobt. Adenauer bekämpfte eine große Koalition in NRW. Arnold dagegen verteidigte das „Düsseldorfer Modell“, um über den Bundesrat in Bonn Politik zu machen und um Bundeskanzler einer Großen Koalition in der Bundesrepublik zu werden. Er scheiterte und wurde in die „kleine Koalition“ mit den Freien Demokraten gezwungen, weil Adenauer klar erkannte, daß er in Bonn auf Dauer nicht gegen Düsseldorf regieren konnte. Die Weichenstellungen erfolgten innerhalb einer Woche im Jahr 1949, nachdem die CDU bei den ersten Bundestagswahlen auf 31%, die SPD auf 29,2% der Stimmen gekommen war. Auf der Rhöndorfer Konferenz am 21. August 1949 setzte sich Adenauer in der Union klar durch. Die Entscheidung fiel zugunsten einer „Sammlungscoalition gegen die Sozialdemokratie“, kommentierte der spätere NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn. Mit den Bad Dürkheimer Beschlüssen vom 29./30. August 1949 reagierte die SPD und legte sich auf die Opposition gegen die Vierparteienregierung aus CDU/CSU, FDP und DP fest. Bonn und Düsseldorf bewegten sich fortan im koalitionspolitischen Gleichklang.

Es ist bezeichnend für die besondere Qualität dieser ‚rheinischen Achse‘, daß Koalitionskrisen im Bund gleich auf das Land Nordrhein-Westfalen durchschlugen. Als der FDP-Vorsitzende Thomas Dehler gegen die Westbindungspolitik Adenauers aufbegehrte, revanchierte sich dieser, indem er die Umwandlung des bestehenden Mischwahlsystems in ein „Graben-System“, d.h. in eine Mehrheitswahl ins Spiel brachte, woraufhin in Düsseldorf ein sogenannter „Jungtürkenaufstand“ ausbrach, bei dem die jüngere Generation in der FDP unter Führung von Walter Scheel, Willi Weyer und Wolfgang Döring gegen die CDU zu Felde zog. Am 7. Februar 1956 wurde im Hause Scheels die sozialliberale Koalition in NRW besiegelt und kurz darauf der Regierungschef Karl Arnold über das er-

ste konstruktive Mißtrauensvotum in der Geschichte der Bundesrepublik aus dem Sattel gehoben. Die sozialliberale Koalition konnte sich nach den Landtagswahlen 1958 jedoch aufgrund des starken Bonner Drucks und der deutlichen Verluste der FDP bei Zugewinnen der SPD nicht halten, so daß es zu einer Neuauflage der CDU/FDP-Koalition kam. Gleichwohl war ein Damm gebrochen.

Pflichtehe oder Reserveoption?

Die SPD zog freilich aus ihrer kurzen Regierungszeit zunächst die Lehre, daß die FDP einen zu wankelmütigen Bundesgenossen abgab und setzte fortan auf eine Koalition mit der in Nordrhein-Westfalen stark durch ihren Arbeitnehmerflügel geprägten CDU. Ihr Wahlziel folgte gewissermaßen der Wahlparole der Bundespartei, nach dem Bau der Mauer ein Allparteienkabinett zu bilden und hieß 1962 deshalb die „soziale Koalition“, auch wenn man zu diesem Zeitpunkt von einer derartigen Koalitionsbildung weit entfernt war. Adenauer streckte aus Verärgerung über die FDP den einen oder anderen Fühler zu den Sozialdemokraten aus, um den Bündnispartner zu disziplinieren, nicht aber um ernsthaft die Möglichkeit einer alternativen Mehrheitsbildung in der Bundesrepublik zu testen. Die Bonner Führung der SPD setzte auf die Bildung einer Großen Koalition, weil ihnen die Freidemokraten als unsichere Kantoniisten erschienen. Willy Brandt zögerte zunächst, wurde dann jedoch umgestimmt und trat ebenfalls für das Zusammengehen mit der Union ein. Die SPD-Fraktion debattierte zwei Tage, bevor sie sich zu einer Koalitionsregierung durchrang. Besonders ins Gewicht fiel der Rat des schwerkranken Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler, der vom Krankenbett ausrichten ließ, daß die Bundesrepublik für das eigene Volk und für die Umwelt ein anderes Gesicht gewinne, „wenn die CDU/CSU aufhören muß, Staatspartei zu sein, und wenn die Sozialdemokraten

als gleichberechtigte Partner mit einer starken Mannschaft in die Bundesregierung einziehen“.

In NRW ging die SPD indessen einen anderen Weg. Zunächst hatte alles so ausgesehen, als ob den nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten keine andere Wahl blieb, als die Koalitionsbildung in Bonn nachzuvollziehen. Doch die Partei und die Landtagsfraktion begehrten nunmehr gegen den Kurs der Großen Koalition auf, den ihr Landesvorsitzender und Ministerpräsidentenkandidat, Heinz Kühn, vorgab. Mit großer Erleichterung quittierte sie das Plazet des nach Düsseldorf geeilten Parteivorsitzenden Willy Brandt zur sozialliberalen Koalition im größten Bundesland. Die Düsseldorfer Abgeordneten waren mit Bergen von Briefen und Telegrammen eingedeckt worden, in denen von ihnen verlangt wurde, eine andere Koalitionsbildung als in Bonn vorzunehmen, um so den linken Charakter und die historische Identität der Partei aufrechtzuerhalten. Als CDU-Ministerpräsident Meyers durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt wurde und an seine Stelle der Sozialdemokrat Kühn trat, war jedermann klar, daß in Düsseldorf die Reserveoption organisiert war, wenn die Bonner Pflichtehe auseinandergehen würde.

Auf der Bonner Ebene zeigte sich bald, daß die Mehrheiten in der SPD für die Große Koalition kleiner waren als man ursprünglich angenommen hatte. Die Fraktion, in der die als „Kanalarbeiterriege“ organisierte Rechte eine klare Mehrheit besaß, stützte zwar die Koalition, doch die Widerstände, die aus der Kontroverse um die Notstandsgesetzgebung erwachsen, vergrößerten sich, zumal sie sich auf einen Teil der Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, und auf die wachsende außerparlamentarische Protestbewegung stützen konnten. Im „Hexenkessel des Nürnberger Parteitags“ vom März 1968 fiel denn auch die Mehrheit für den Antrag des Parteivorstandes, in dem eine ausdrückliche Billigung der Großen Koalition gefordert wurde, alles andere als überzeu-

gend aus: 173 Delegierte stimmten ihm zu, 126 lehnten ihn ab, drei enthielten sich der Stimme. Willy Brandt konnte sich seitdem einer Mehrheit für die kleine Koalition mit der FDP sicher sein, zumal er die starken nordrhein-westfälischen Bataillone hinter sich wissen durfte. Was aber nicht weniger wichtig war: Zum erstenmal in der Bundesrepublik setzten größere Teile des Bürgertums auf eine Zusammenarbeit mit der SPD. Begünstigt wurde diese Öffnung durch gemeinsame außenpolitische Überzeugungen, durch eine „Entproletarisierung“ der westdeutschen Gesellschaft, aber auch durch die Zusammenarbeit von bürgerlichen Kräften und der Arbeiterbewegung in den Protestbewegungen gegen die Adenauer-Politik und die Notstandsgesetze.

Das historische Bündnis

Die Perspektive einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, so wie sie bereits seit drei Jahren in Düsseldorf bestand, beflügelte den Bundestagswahlkampf der SPD von 1969. Daß die sozialliberale Koalition dann in Bonn trotz des knappen Wahlausgangs überhaupt möglich wurde, lag nicht zuletzt an der sehr gezielten Düsseldorfer Schützenhilfe. Nordrhein-Westfalen stabilisierte fortan die sozialliberale Regierung in Bonn wie es zuvor die christlich-liberale Bundesregierung stabilisiert hatte. Die Landtagswahl von 1970 – die „Testwahl“ für die neue Bonner Koalition – bestanden die Regierungskoalitionen erfolgreich und auch die Landtagswahl von 1975 bestätigte nicht nur die Regierung Kühn/Riemer, sondern auch die Regierung Schmidt/Genscher. Wie eng der Zusammenhang von nordrhein-westfälischen Landtags- und Bundestagswahlen war, belegte die Wahl von 1980. Hier vermochte Johannes Rau nicht zuletzt deshalb die absolute Mehrheit zu erobern, weil Helmut Schmidt die Bundestagswahl vorzeitig gegen Franz-Josef Strauß gewann. Über das überras-

gende Wahlergebnis in NRW stabilisierte sich die sozialliberale Koalition in Bonn ein letztes Mal.

Der „Machtwechsel“ in Bonn 1969 war in der SPD umstritten, er blieb es aber nicht. Die Kleine Koalition, das „Wagnis“, hielt sich nicht nur länger über Wasser als mancher zunächst glauben machte, sie mobilisierte in beiden Parteien große politische Energien, die weite Teile der bundesdeutschen Öffentlichkeit, vom bürgerlichen Literaten bis zum gestandenen Betriebsratsvorsitzenden, mitriß. In beiden Parteien wurde der historische Charakter der Koalition hervorgehoben, nämlich als verspätetes Bündnis aus reformorientierter Arbeiterbewegung und aufgeklärtem Bürgertum oder, stärker auf die politischen Formationen hin formuliert: des demokratischen Sozialismus mit dem sozialen Liberalismus. Willy Brandt, Peter Glotz und andere sprachen seit 1972 von der „Neuen Mitte“ in Deutschland, ein Begriff, den Werner Mayhofer in seiner Grundsatzrede auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen der FDP im Januar 1973 aufgriff und der dann auch in die Regierungserklärung Brandts vom 18. Januar 1973 Eingang fand. Der Begriff sollte – so stellte eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern beider Parteien in einem Memorandum an die Parteivorsitzenden Brandt und Scheel fest – eine mehrheitsfähige Allianz bezeichnen, „die einer geschichtlichen Notwendigkeit entspricht und aus klaren geschichtlichen Wurzeln erwächst“. Diese politische Allianz sei „kein Bündnis des Zufalls und kein willkürlich widerrufbarer Zusammenschluß auf Zeit“. Der geschichtliche Auftrag der „Neuen Mitte“, die das 48er Erbe annehme, liege darin, die Bundesrepublik als freiheitlichen Rechts- und Sozialstaat auszuformen und an einer gerechten Sozialform zu arbeiten, die ein Höchstmaß an individueller Freiheit für alle verwirklicht.

Der Traum vom immerwährenden Bündnis zerbrach nach 13 Jahren. Das Ende der Koalition im Jahr 1982 hatte tiefgehende Konsequenzen. Zunächst

spaltete sich ein erheblicher Teil des sozialliberalen Flügels von der FDP ab und ging zur Sozialdemokratischen Partei über. Damit erhielt dieser Flügel nicht mehr die Chance, eine Mehrheit gegen die Anhänger einer bürgerlichen Koalition zu bilden. Sodann stellte sich heraus, daß die SPD auf Dauer ihren Koalitionspartner und damit ihre Regierungsfähigkeit verlor. Der einzige Hoffnungsschimmer bestand in einem Wachstum der neuen grünen Partei, das nicht allein zu Lasten der SPD ausfallen durfte. Das Wort Willy Brandts von der „Mehrheit diesseits der CDU“, das nun wahr zu werden scheint, motivierte einerseits weite, vor allem die linksorientierten Teile der Partei, schreckte jedoch einen anderen Teil ebenso ab. Aber auch spektakuläre Wahlsiege in den Ländern – so in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, sodann die Zug um Zug gestärkte Position im Bundesrat – konnten auf Dauer nicht verbergen, daß die Partei für die Rückeroberung der politischen Macht in Bonn eine Koalitionsstrategie brauchte. Dennoch gab sie sich ähnlich wie in Weimar dem gefährlichen Kalkül hin, aus der Opposition, respektive dem Bundesrat heraus Regierungspolitik einerseits mitgestalten und gleichzeitig von unsozialen Sparmaßnahmen der Regierung profitieren zu können.

Die Koalitionsfrage implizierte stets eine Richtungsentscheidung. Was bis in die 80er Jahre hinein bedeutete, daß eine Koalitionsentscheidung eine Entscheidung nach rechts war. Die historische Sensation einer rot-grünen Koalitionsbildung lag darin, daß die SPD zum erstenmal die Chance erhielt, mit einer linken, nicht-kommunistischen Partei eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden. Eben das machte ihr die Entscheidung aber auch so schwer.

In der Bundestagswahlkampagne 1987 entsprang die Taktik, als Wahlziel die Erringung einer „eigenen Mehrheit“ auszugeben, vordergründig dem Versuch, eine Koalitionsdebatte zu vermeiden, um die gesamte Partei mobilisierungsfähig zu halten. Der eigentümliche

Begriff von der „eigenen Mehrheit“, mit dem im unklaren gehalten wurde, ob es sich dabei um eine absolute oder relative Mehrheit handelte, spiegelte schon das ganze Dilemma der Wahlkampfführung wider. Der Kandidat der SPD, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, wollte über die Mehrheit diesseits der Union nicht reden, erteilte der rot-grünen Option eine Absage und erweckte mit der Rede vom Versöhnen statt Spalten den Verdacht, eine Große Koalition herbeiführen zu wollen. Die Verweigerung einer klaren Richtungsentscheidung und das Offenhalten machtpolitischer Optionen befriedigten im Ergebnis keine Gruppe in der SPD. Als die Seifenblase von der Mehrheit durch die Äußerung Willy Brandts, 42% seien auch ein schönes Ergebnis zerplatzte, wurde jedermann klar, daß es vor allem darum ging, wieder über die 40%-Hürde zu gelangen. Das Wahlergebnis fiel dann noch schlechter aus als vier Jahre zuvor.

Die Parteiführung bemühte sich nach dem niederschmetternden Wahlausgang das Macht- und Koalitionsdilemma zu lösen. Heraus kam dabei die positive Seite der gescheiterten Wahlkampfstrategie. Nun hieß es, die SPD könne prinzipiell mit jeder demokratischen Partei eine Koalition eingehen und man nehme jede Entscheidung des Wählers an. Nicht anders hatte die Partei bereits in den 20er Jahren argumentiert und doch gab es jetzt einen gewissen Fortschritt: Auch die widerstrebenden Teile der Partei wurden an eine neuartige Linkskoalition gewöhnt, indem die Grünen koalitionsfähig erklärt wurden.

In die Wahlauseinandersetzung von 1990 ging die Partei wiederum ohne klare Koalitionsaussage, doch schien der neue Kandidat, Oskar Lafontaine, in jedem Fall zu einer rot-grünen, wenigstens jedoch zu einer Ampelkoalition zu neigen, die insbesondere der frühere Bundesgeschäftsführer Peter Glotz in die Diskussion eingeführt und an die Willy Brandt schon 1987 gedacht hatte. Die besonderen Umstände der Wahl, ei-

ne von der Geschichte streckenweise überholte Wahlkampfstrategie, vor allem aber die Niederlage der Grünen, die nicht mehr in den Bundestag einzogen, sorgten für ein erneutes Wahldesaster. Der Sieg Gerhard Schröders in Niedersachsen schien jedoch zu belegen, daß eine rot-grüne Machtstrategie erfolgreich sein kann, wenn die Ablösung einer amtierenden Regierung durch den Gewinn der absoluten Mehrheit unwahrscheinlich ist. Da in Deutschland ein fliegender Wechsel unter normalen Bedingungen so gut wie unmöglich ist, war Schröders Strategie realistisch und ehrlich. Also „rot-grün“ mit Schröder?

Der niedersächsische Ministerpräsident verlor indes die Mitgliederbefragung über den Parteivorsitz und damit auch die Chance auf eine Kanzlerkandidatur. Der Sieger Rudolf Scharping mußte wiederum Rücksicht auf die Düsseldorf-er nehmen, die seine Wahl wesentlich ermöglicht hatten. In NRW regierte die SPD aber allein. Zudem setzte Scharpings eigener Landesverband in Rheinland-Pfalz nach jahrzehntelanger CDU-Vorherrschaft auf ein sozialliberales Bündnis. Diese Faktoren blockierten eine Koalitionsaussage zur Bundestagswahl. Dennoch stand die Wahl von 1994 bereits eindeutig unter dem Vorzeichen eines rot-grünen Wechsels, schon der SPD-Wahlkampf hatte deutlich die Form eines „Koalitionswahlkampfes“ angenommen.

Inzwischen, nach vier Wahlniederlagen in Folge, ist die Koalitionsfrage in der Bundes-SPD nicht mehr umstritten. Will die Partei das wahrnehmen, was sie vorgibt zuallerst zu wollen, einen „Politikwechsel in Deutschland“, dann ist dieser nur mit einer neuen Regierungskoalition aus SPD und Grünen zu erreichen. Eine maßgebliche Rolle für den Wechsel in Deutschland spielt wiederum das größte Bundesland. Nur wenn in Düsseldorf Sozialdemokraten und Grüne neben Kompromissen auch einen „Bereich gemeinsamer Überzeugungen“ (Willy Brandt) formulieren, besteht eine gute Chance für den Politikwechsel

im Bund. Und nur wenn an der Seite einer rot-grünen Koalition in Bonn eine rot-grüne Koalition in Düsseldorf (und Wiesbaden) steht, findet das neue Bündnis genügend politischen Rückhalt, um den Wechsel herbeizuführen, den unser Land so dringend benötigt.

Karsten Rudolph

Kanthers langer Arm

Im Sommer 1997 stellte Bundesinnenminister Manfred Kanther erste Überlegungen für ein neues Sicherheitsnetz zur Bekämpfung der Kriminalität in der Bundesrepublik vor. Ziel dieser Überlegungen ist es, neue Konzepte in Anlehnung an das amerikanische Modell der Kriminalitätsbekämpfung zu entwickeln: „Wir wollen das amerikanische Modell nachahmen und Straftaten verhindern, in dem wir mehr Präsenz auf der Straße zeigen“, erläuterte Ministeriumssprecher Detlev Dauke.¹ Das Konzept einer verstärkten Präventionsarbeit sieht insbesondere auch eine neue Rolle des Bundesgrenzschutzes (BGS) bei der Kriminalitätsbekämpfung in bundesdeutschen Großstädten vor. Der Minister hat mehrere Modellversuche vorgeschlagen, in denen unterschiedliche Einsatzvarianten geprüft werden sollen.² Neben der allgemeinen personellen Verstärkung der Bahnpolizei (von 880 Beamten ist die Rede), einem entspre-

1 „Frankfurter Rundschau“ (FR), 13.9.1997.

2 Dazu Bundesinnenminister Manfred Kanther im Interview, in: „Die Zeit“ 12.9.1997, sowie ausführlich in einem Beitrag zur Serie „Kriminalität und Justiz“, FR, 15.10.1997.